



## **Kulturausschuss**

### **6. Sitzung (öffentlich)**

8. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)  
Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

1

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1000

Einführungsbericht der Landesregierung (vgl. Vorlage 14/254 zu Einzelplan 02) und 1. Beratungsdurchgang zu kulturelevanten Haushaltspositionen

Zuschrift 14/291

Dem Einführungsbericht von StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) schließt sich ein erster Beratungsdurchgang zu kulturelevanten Haushaltspositionen an.

**2 Kirchengebäude erhalten statt abreißen! 4**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1108

Der Ausschuss gibt zu dem Antrag kein Votum ab.

**3 Endlich Klarheit schaffen - Kunstsammlung braucht den Erweiterungsbau 6**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/866

Der Ausschuss kommt überein, die Beschlussfassung über den Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 29. März 2006 vorzunehmen.

**4 Kulturelle Bildung in den Schulen stärken 11**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/878

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1077

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Möglichkeit eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen zu prüfen.

\*\*\*\*\*

## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** gratuliert der **Vorsitzende** im Namen des Ausschusses den Ausschussmitgliedern Marc Jan Eumann (SPD), Walter Kern (CDU) und Horst Westkämper (CDU) nachträglich zu ihren Geburtstagen.

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1000

Einführungsbericht der Landesregierung (vgl. Vorlage 14/254 zu Einzelplan 02)  
und 1. Beratungsdurchgang zu kulturrelevanten Haushaltspositionen

Zuschrift 14/291

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, das Verfahren der Vorjahre beizubehalten, zur mittelfristigen Finanzplanung keine gesonderten Beratungen im Kulturausschuss durchzuführen.

Der Einführungsbericht von **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** entspricht Vorlage 14/371.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** hält diese Steigerung des Kulturförderetats in diesen Zeiten für beachtlich, gibt allerdings zu bedenken, dass mit dem vorliegenden Etat zunächst einmal nur die radikalen Kürzungen der letzten Jahre etwas gemildert würden. Denn dieser Kulturförderetat, der jetzt bei 67 Millionen € liege, habe 2002 noch 91 Millionen € betragen. Im vergangenen Doppelhaushalt sei dieser Etat drastisch gekürzt worden. Die jetzt stattfindenden Reparaturen seien dringend notwendig. Das betreffe zum Beispiel die Bibliotheken. Das Land könne die Finanzierung der Bibliotheken nicht allein den Kommunen überlassen. Das gehöre auch zum Schwerpunkt Substanzerhalt. Auch auf dem Bildungsbereich liege ein Schwerpunkt. Diese Ausgaben für die Kultur seien kein Luxus, sondern dringend notwendig.

Trotzdem habe man erfreulicherweise in diesem Etatentwurf Innovationspotenziale. Das betreffe insbesondere die internationale Zusammenarbeit, den Bereich Soziokultur, die regionale Kulturarbeit, den Schwerpunkt Kinder und Jugendliche und auch das bisher vernachlässigte Archivwesen.

Für die Landesmusikakademie in Heek sei geplant, sie mit 60.000 € mehr auszustatten. Ein Deckungsvorschlag folge noch.

Hier liege ein Finanzplan vor, über den sich alle Kulturpolitiker freuen sollten. Hier werde nichts gegeneinander ausgespielt, sondern hier würden Reparaturen an Stellen vorgenommen, die in den letzten Jahren drastische Kürzungen erfahren hätten.

**Claudia Nell-Paul (SPD)** begrüßt ausdrücklich, dass die Landesregierung die angekündigte Erhöhung des Kulturförderetats tatsächlich umsetze. Darüber, ob da ein paar Prozent fehlten, könne man sich zwar streiten, aber die Tendenz sei erkennbar. Sie sei Herrn Grosse-Brockhoff auch dankbar dafür, dass er sich in diesem Fall sicherlich auch gegen Widerstände beim Finanzminister habe durchsetzen können.

Bei der Detailberatung werde ja noch im Einzelnen überprüft, wohin das Geld wirklich fließe und ob diejenigen, die davon profitierten, tatsächlich auch Künstlerinnen und Künstler, Kinder und Jugendliche seien.

Sie bedauere, dass sich der Trend, mehr für kulturelle Bildung zu tun, im Gesamthaushalt der neuen Landesregierung nicht zeige, ganz im Gegenteil. Die neue Landesregierung habe im Kinder- und Jugendbereich radikale Kürzungen vorgenommen. Wer im Kinder- und Jugendbereich, insbesondere bei den Kindergärten und bei den offenen Jugendangeboten, in einer so drastischen Weise Kürzungen vornehme, kürze natürlich damit auch bei der kulturellen Bildung. Denn an diesen Orten finde kulturelle Bildung statt.

Ein weiteres Beispiel sei der Medienbereich. In diesem Bereich habe die Landesregierung ebenfalls drastische Kürzungen vorgenommen. Das treffe natürlich auch junge Filmemacher, junge Kulturschaffende im weitesten Sinne. Das verleihe dem Ganzen einen negativen Beigeschmack.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** gratuliert dem Staatssekretär zu diesem Etatentwurf. Die neue Landesregierung habe einen tollen Aufschlag für die Kultur im Land Nordrhein-Westfalen gemacht. Das sei gut und richtig.

In anderen Bereichen sehe das aber bedauerlicherweise anders aus, zum Beispiel im Bereich Kinder und Jugendliche. Auch bei den Frauenhäusern werde eine Stelle gestrichen. Die Landwirtschaftskammer dagegen bekomme 17 Millionen € mehr. Das zeige, dass es doch Spielräume gebe.

Die Kürzung bei der Filmstiftung NRW mit ihren negativen Auswirkungen passe nicht ins Bild. Er rege an, gemeinsam darüber nachzudenken, ob irgendeine Chance bestehe, aus dem Kulturbereich heraus dem Medienbereich an der Stelle ein bisschen zu helfen.

Ihn überrasche, dass Herr Grosse-Brockhoff die Titelgruppe 98 nicht erwähnt habe. Bei der Förderung der Kunst und Kultur der Frauen habe keine Veränderung stattgefunden. Er plädiere für wenigstens eine geringe Verstärkung. Denn sonst sehe es so aus, als sei gerade dieser Bereich vergessen worden. Er hoffe, dass darüber noch nachgedacht werde.

Die Musikfabrik kritisiere in einem Brief, dass der Haushaltsentwurf nicht die aktuellen Zahlen enthalte. Da müsse eine Korrektur erfolgen. Die Musikfabrik sei zu Recht stolz darauf, sich zu über 60 % aus eigenen Einnahmen zu finanzieren.

**Angela Freimuth (FDP)** schließt sich dem Lob für diesen Etatentwurf an. Als Haushälterin könne sie einschätzen, welch ein Kraftakt es innerhalb der Landesregierung gewesen sein müsse, die schrittweise Verdoppelung des Kulturförderetats gegenüber den anderen Ressortinteressen und gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen. Sie freue sich auch darüber, dass mit diesem Kulturhaushalt wesentliche Forderungen der FDP aus der vergangenen Legislaturperiode ihren Niederschlag fänden.

Im Kulturbereich seien deutliche Schwerpunkte bei der Jugendförderung erkennbar. Selbstverständlich mache das Einsparvorschläge an anderer Stelle im Haushalt nicht weniger schmerzlich. Aber sie gehe davon aus, dass es Synergiemöglichkeiten gebe.

Sie hoffe, dass irgendwann gar keine frauenspezifische Förderung mehr erforderlich sei, weil Frauen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen etabliert seien, und wünsche sich deshalb, dass Frauen vom „regulären“ Kulturhaushalt mit seinen Projekten und Fördermöglichkeiten stärker profitierten.

Zur Titelgruppe 98 stimmt **Oliver Keymis (GRÜNE)** mit Frau Freimuth in dem Wunsch überein, dass es zukünftig keiner frauenspezifischen Fördermaßnahmen mehr bedürfe. Noch sei dieses Ziel aber nicht erreicht. Das mache diese spezielle Titelgruppe weiterhin erforderlich. Die Kürzung an dieser Stelle im Doppelhaushalt 2004/2005 sei ihm sehr wohl bewusst, aber, wenn möglich, sollte diese Titelgruppe wieder aufgestockt werden. Bei den Schwerpunkten Frauen und Film und Frauen und Musik seien die Defizite besonders groß. Es gehe um strukturfördernde Maßnahmen, um die Fortführung des Aufbaus von Künstlerinnennetzwerken, um Projekte mit entsprechender Impulswirkung usw. Er hoffe, dass bei dieser Titelgruppe noch eine Aufstockung gelinge. Es gehe ihm auch nicht um eine bestimmte Summe, sondern darum, diesen Aspekt innerhalb des Kulturetats ein bisschen im Blick zu haben. Das sei der einzige Bereich, der bei der allgemein positiveren Situation für die Kultur kein kleines Plus habe verzeichnen können.

**StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** teilt zur Titelgruppe 98 die Ansicht von Frau Freimuth. Er bekenne sich klar zur Lösung dieses Problems, sehe den richtigen Weg dazu aber nicht in dieser Titelgruppe. Dieses Thema müsse bei der gesamten Künstlerförderung immer im Hinterkopf behalten werden, bei jeder Ankaufs- und Förderentscheidung. Er meine nicht, dass man gezielt Maßnahmen für Kunst von Frauen erhöhen sollte. Das sei ein wichtiges Thema, sei aber seiner Meinung nach nicht über solche Projekte für Kunst von Frauen zu fördern. Das müsse anders angegangen werden.

Eines sei in der Tat ein Phänomen. Obwohl der Frauenanteil unter den Künstlerinnen und Künstlern in Deutschland höher liege als der der Männer, sei bei Ankäufen und Ausstellungen der Anteil der Männer höher. Die Zahlen belegten das. Diese Statistiken stammten aus den letzten Jahren. Er bilde sich ein, es habe sich gebessert, aber nur im

einstelligen Prozentbereich. Dieser Missstand müsse einfach zur Kenntnis genommen werden. Das müsse man im Auge haben, wenn man in Juries an Entscheidungen mitwirke. Das könne nicht richtig sein.

Im Übrigen bestehe sehr wohl insgesamt ein Ungleichgewicht im Wachstum. Es finde keine gleichmäßige Verteilung statt, sondern es würden ganz klar Schwerpunkte gesetzt. Solche Anmerkungen könnten also durchaus auch bei anderen Titelgruppen gemacht werden, wenn man das prozentuale Wachstum einzelner Bereiche vergleiche.

Auf die Frage von **Elisabeth Koschorreck (SPD)** zur Titelgruppe 70, welche Museumsneubauten und Museumserweiterungen vorgesehen seien, antwortet der **Staatssekretär**, bei Anmeldung der Mittel und Verabschiedung des Haushalts innerhalb der Staatskanzlei habe man die drei Projekte Düren, Marl und Neuss im Auge gehabt. Allerdings sehe man zumindest bei zwei von diesen Projekten im Moment noch nicht, dass das wirklich bewilligungsreif sei. Er wisse nicht, wie es in Düren aussehe, aber er stehe zu der Aussage, die er auch in Düren gemacht habe, dass Düren oberste Priorität habe. Nun sei aber die Frage, inwieweit es die Kommune tatsächlich schaffe, dass das auch in diesem Jahr bewilligt werden könne. Ansonsten gebe es auch weitere Museumsprojekte im Land. In Münster zum Beispiel stünden gleich mehrere nicht unerhebliche Projekte im Raum. Zum Landesmuseum gebe es einen Vorschlag. Es gebe das Thema Kunsthalle auf dem Hindenburgplatz. Außerdem seien weitere Projekte im Museumsbereich im Gespräch. Mit diesem Ansatz werde man das sicherlich nicht schaffen. Die Frage sei, inwieweit in den kommenden Jahren da weitere Schwerpunkte gesetzt würden.

## 2 Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1108

**Oliver Keymis (GRÜNE)** weist auf den zunehmenden Leerstand der Kirchengebäude hin. Vor diesem Hintergrund müsse sich der Landtag Gedanken darüber machen, wie in Zukunft würdevoll mit diesen Gebäuden umgegangen werden könne und welche politischen Initiativen gestartet werden könnten. Denn es gebe ja andere Nutzungsmöglichkeiten.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** betont, der Landtag habe weder die Möglichkeit noch die Aufgabe, die Entwicklung aufzuhalten. Er bitte darum, das bei der Beratung zu beachten. Das stehe auch so im Antrag. Es handele sich um ein originäres Problem der Kirchen, das die Kirchen auch zu lösen hätten. Hintergrund dieses großen Problems sei vor allen Dingen der Kirchenbauboom der 50er- und 60er-Jahre. Um diese Bauten gehe es.

Für den Landtag stelle sich lediglich die Frage, wie er unterstützend tätig werden könne. Angesichts der Finanzlage des Landes sehe er das aber eher pessimistisch. Er habe ja